

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 92 — 636

[S-C — 33017]

**16. DEZEMBER 1991. — Dekret über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand
und in kleinen und mittleren Unternehmen**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Exekutive, sanktionieren es :

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter :

1. Exekutive : die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Institut : das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
3. Zentren : die Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen.

Art. 2. Die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen findet Anwendung auf die selbständigen Berufe, die im Hohen Rat des Mittelstands, der durch die koordinierten Gesetze (Königlicher Erlaß vom 28. Mai 1979) über die Organisation des Mittelstands eingesetzt worden ist, vertreten sein können.

Art. 3. Zur Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen gehören insbesondere :

- 1° die Grundausbildung;
- 2° die Weiterbildung;
- 3° die Umschulung.

Dieses Dekret findet auch Anwendung auf die pädagogische Fortbildung.

Art. 4. Die Programme der Kurse und Tätigkeiten der Aus- und Weiterbildung werden von der Exekutive auf Vorschlag des Instituts festgelegt.

*KAPITEL II. — Inhalt der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand
und in kleinen und mittleren Unternehmen*

Abschnitt I. — Die Grundausbildung

Art. 5. Die Grundausbildung bietet die Möglichkeit, die erforderlichen Kenntnisse zur Ausübung eines selbständigen Berufes zu erlangen.

Sie umfaßt zwei Stufen :

1° die Lehre, die als Vorbereitung auf die Ausbildung zum Meister eine allgemeine, technische und praktische Grundausbildung gewährleistet;

2° die Ausbildung zum Meister vermittelt eine allgemeine, technische, kaufmännische, finanz- und verwaltungstechnische Ausbildung im Hinblick auf die Leitung eines kleinen oder mittleren Unternehmens, die Ausübung einer leitenden Funktion in einem solchen Unternehmen oder die Ausübung eines selbständigen Berufes.

Art. 6 Die Exekutive bestimmt unter Berücksichtigung von Artikel 2 und nach Gutachten des Instituts die Berufe, für die eine Lehre und/oder eine Ausbildung zum Meister vorgesehen werden können.

Unterabschnitt 1. — Die Lehre

Art. 7. § 1. Die Lehre umfaßt eine praktische Ausbildung in einem durch das Institut überprüften Ausbildungsbetrieb, die durch allgemein- und berufsbildende Kurse, Tests und Prüfungen ergänzt wird.

§ 2. Die Lehre setzt voraus, daß entweder ein Lehrvertrag durch die Vermittlung eines anerkannten Lehrlingssekretärs oder ein kontrolliertes Lehrabkommen mit einem anerkannten Lehrlingssekretär abgeschlossen wird.

§ 3. Durch den Lehrvertrag :

— verpflichtet sich der Betriebsleiter, dem Lehrling eine auf die Ausbildung zum Meister vorbereitende allgemeine, technische und praktische Grundausbildung zu erteilen oder erteilen zu lassen;

— verpflichtet sich der Lehrling, die Berufspraxis unter der Leitung und Aufsicht des Meisters zu erlernen und an den für seine Ausbildung notwendigen Kursen, Tests und Prüfungen teilzunehmen.

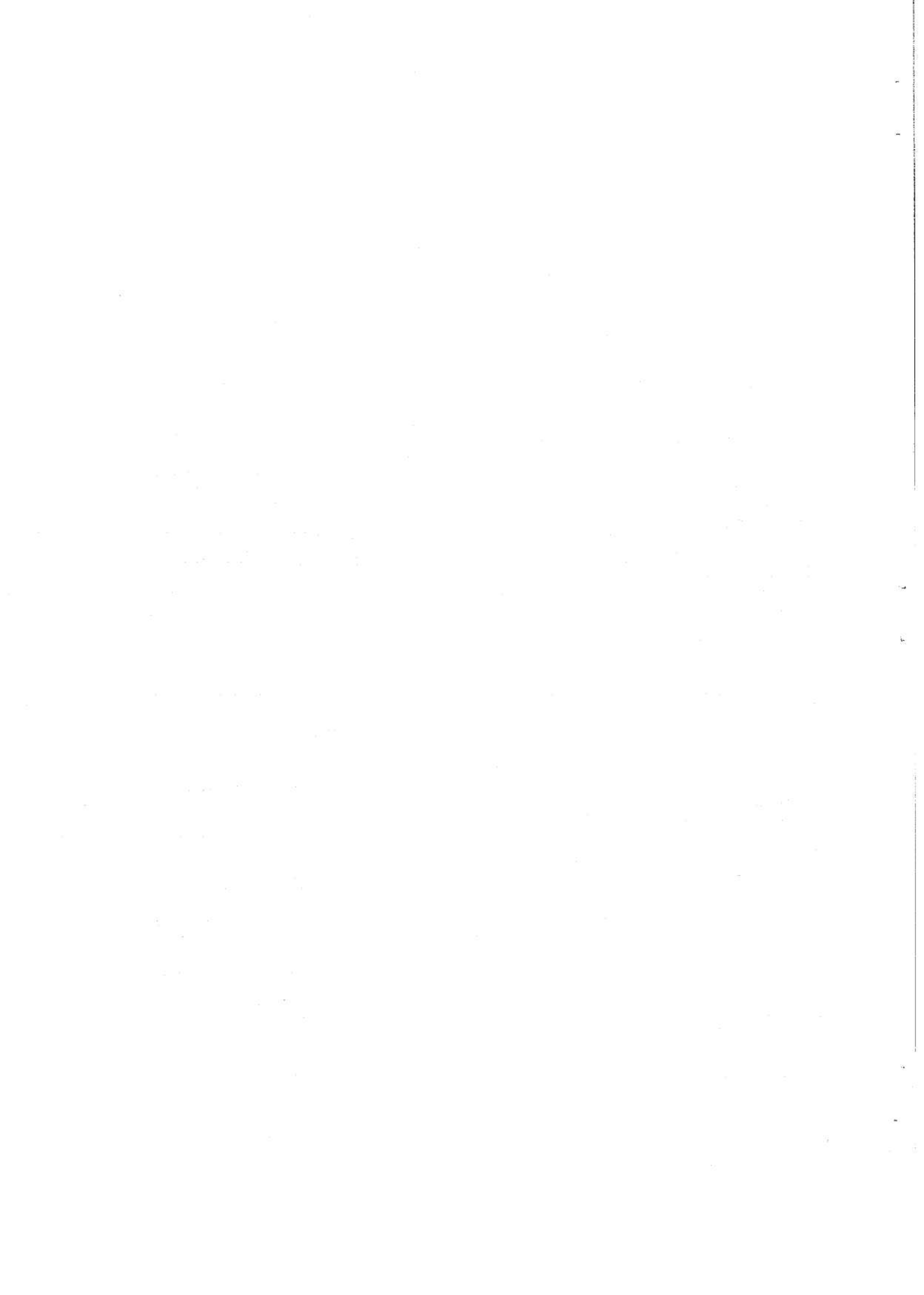
§ 4. Übt der Betriebsleiter die elterliche Gewalt oder die Vormundschaft über den Lehrling aus, so schließt der Betriebsleiter ein kontrolliertes Lehrabkommen mit dem anerkannten Lehrlingssekretär ab.

Durch das Lehrabkommen entstehen die gleichen Verpflichtungen, die in § 3 für den Lehrvertrag festgehalten werden.

§ 5. Die Teilnahme an den in § 1 erwähnten Kursen, Tests und Prüfungen und die in den §§ 2, 3 und 4 erwähnte Intervention des anerkannten Lehrlingssekretärs sind für den Lehrling beziehungsweise für die Eltern oder den Vormund des Lehrlings kostenlos.

§ 6. Die Lehre wird regelmäßig bewertet und mit der Gesellenprüfung abgeschlossen.

Die Lehrlinge, die die Prüfung bestehen, erhalten ein Gesellenzeugnis, dessen Muster von der Exekutive festgelegt wird.



- § 7. Die Exekutive legt nach Gutachten des Instituts fest :
- 1° die Bedingungen für die Zulassung zur Lehre;
 - 2° die Bedingungen, die die Betriebe erfüllen müssen, um eine praktische Ausbildung im Rahmen des Lehrvertrages oder des kontrollierten Lehrabkommens zu erteilen,
 - 3° die Dauer der Lehre;
 - 4° die Periode für den Abschluß der Lehrverträge und der kontrollierten Lehrabkommen;
 - 5° die Bestimmungen in bezug auf Inhalt, Form, Genehmigung und Entzug des Lehrvertrages oder des kontrollierten Lehrabkommens;
 - 6° die Bedingungen für die Durchführung der Kurse, Tests und Prüfungen;
 - 7° die Bedingungen, unter denen Zertifikate über erbrachte Teilleistungen einer Ausbildung zum Gesellen vergeben werden können;
 - 8° die Bedingungen, unter denen Praktikanten im Rahmen nationaler und internationaler Aus- und Weiterbildungsprojekte Teilleistungen einer Ausbildung zum Gesellen erbringen können.

Unterabschnitt 2. — Die Ausbildung zum Meister

- Art. 8. § 1.** Die Ausbildung zum Meister umfaßt eine theoretische und eine praktische Ausbildung. Die theoretische Ausbildung umfaßt Kurse über Betriebsführung und Berufskennnisse. Die praktische Ausbildung ist insbesondere auf die Probleme ausgerichtet, die sich bei der Führung eines kleinen oder mittleren Unternehmens auf technischer, kaufmännischer, finanz- und verwaltungstechnischer Ebene stellen.
- § 2. Die Ausbildung zum Meister wird regelmäßig bewertet und mit der Meisterprüfung abgeschlossen. Die Anwärter, die die Prüfung bestehen, erhalten einen Meisterbrief, dessen Muster von der Exekutive festgelegt wird.
- § 3. Die Exekutive legt nach Gutachten des Instituts fest :
- 1° die Bedingungen für die Zulassung zur Ausbildung zum Meister;
 - 2° die Bedingungen, die die Betriebe erfüllen müssen, um eine praktische Ausbildung zu erteilen;
 - 3° die Dauer der Ausbildung;
 - 4° die Bedingungen für die Durchführung der Kurse, Tests und Prüfungen;
 - 5° die Bedingungen, unter denen Zertifikate über erbrachte Teilleistungen einer Ausbildung zum Meister vergeben werden können;
 - 6° die Bedingungen, unter denen Praktikanten im Rahmen nationaler und internationaler Aus- und Weiterbildungsprojekte Teilleistungen einer Ausbildung zum Meister in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erbringen können;
 - 7° die Bedingungen, unter denen Schnellkurse in Betriebsführung unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1970 über die Ausübung beruflicher Aktivitäten in kleinen und mittleren Handels- und Handwerksunternehmen stattfinden können;
 - 8° die Bedingungen, unter denen Praktikanten im Rahmen nationaler und internationaler Aus- und Weiterbildungsprojekte und Absolventen von Schnellkursen in Betriebsführung Zertifikate über die erbrachten Teilleistungen einer Ausbildung zum Meister erhalten können.
- Art. 9.** Die Kurse, Tests und Prüfungen der Grundausbildung werden von den anerkannten Zentren organisiert.

Abschnitt 2. — Die Weiterbildung

- Art. 10. § 1.** Die Weiterbildung bietet den Gesellen, Meistern und Betriebsangehörigen, die einen der in Artikel 2 erwähnten Berufe ausüben, die Möglichkeit, ihre berufliche Befähigung zu verbessern, indem sie die berufliche Befähigung der technischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Entwicklung anpaßt.
- § 2. Die Weiterbildung umfaßt :
- 1° die ergänzende Schulung;
 - 2° die Fortbildung.
- Art. 11.** Die ergänzende Schulung gewährleistet eine Weiterbildung in technischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Fragen sowie in Fragen hinsichtlich der menschlichen Beziehungen, die in einem Betrieb entstehen können. Sie kann insbesondere in der Form von Konferenzen, Studientagen, Seminaren, Kolloquien oder Kongressen verwirklicht werden. Die Tätigkeiten der ergänzenden Schulung können sowohl von den Zentren als auch von den beruflichen und überberuflichen Vereinigungen organisiert werden.
- Art. 12.** Die Fortbildung gewährleistet eine gründliche Auffrischung in technischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Fragen sowie in Fragen hinsichtlich der menschlichen Beziehungen, die in einem Betrieb entstehen können; sie kann ebenfalls der gründlichen Ausbildung in neuen Techniken dienen. Sie wird in Form von Kursen verwirklicht, die mehr als 30 Stunden in einem abgeschlossenen Zyklus umfassen und die nur von den Zentren organisiert werden.

Abschnitt 3. — Die Umschulung

- Art. 13. § 1.** Die Umschulung ermöglicht den Gesellen, Meistern und Betriebsangehörigen, die einen der in Artikel 2 erwähnten Berufe ausüben und die aus schwerwiegenden Gründen einen Berufswechsel vornehmen müssen, eine berufliche Befähigung in einem anderen in Artikel 2 erwähnten Beruf anhand theoretischer und praktischer Kurse zu erlangen, die von den anerkannten Zentren organisiert werden.
- § 2. Die Exekutive legt nach Gutachten des Instituts fest :
- 1° die Bedingungen für die Zulassung zur Umschulung;
 - 2° die Dauer der Umschulung;
 - 3° die Bedingungen für die Durchführung der Umschulung;
 - 4° die Bedingungen zur Vergabe eines Zertifikates.

KAPITEL III. — Die pädagogische Fortbildung

Art. 14. Die pädagogische Fortbildung ermöglicht den Personen, die in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen eine Ausbildungsaufgabe wahrnehmen, ihre pädagogischen Kenntnisse zu verbessern.

Sie wird vom Institut organisiert.

KAPITEL IV. — Struktur der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Abschnitt 1. — Das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Art. 15. Unter der Bezeichnung « Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen » wird eine Einrichtung öffentlichen Interesses mit eigener Rechtspersönlichkeit gegründet, die zu den Einrichtungen der Kategorie B, die in Artikel 1 des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser gemeinnütziger Einrichtungen aufgeführt sind, gehört.

Das Institut legt seinen Sitz fest.

Art. 16. Das Institut hat folgende Aufgaben :

1° zur Entwicklung der Kurse und Tätigkeiten im Rahmen der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen beizutragen, diese zu koordinieren sowie deren pädagogische, administrative und finanzielle Aufsicht zu gewährleisten;

2° die pädagogische Qualifikation der Ausbilder zu fördern;

3° die Ausbildungsprogramme im Hinblick auf ihre Genehmigung durch die Exekutive zu erstellen;

4° die Organisation der Tests und der Prüfungen zu koordinieren, die Beurteilungsmethoden zu erstellen und für die pädagogische Aufsicht zu sorgen;

5° die Genehmigung der Lehrverträge und kontrollierten Lehrabkommen beziehungsweise deren Entzug vorzubereiten sowie den Verlauf der Lehre insbesondere im Ausbildungsbetrieb zu beaufsichtigen;

6° die Vergabe der Gesellenzeugnisse, der Meisterbriefe und der Zertifikate vorzubereiten und sie der Exekutive zur Beglaubigung zu unterbreiten;

7° der Exekutive Gutachten im Hinblick auf die Errichtung und Anerkennung von Zentren zu unterbreiten sowie die Tätigkeiten der anerkannten Zentren zu fördern, zu koordinieren und zu beaufsichtigen;

8° die Überprüfung der Ausbildungsbetriebe vorzunehmen;

9° die Tätigkeit der anerkannten Lehrlingssekretäre zu beaufsichtigen, die Bezahlung der anerkannten Lehrlingssekretäre zu gewährleisten sowie die Arbeit der in Artikel 34 vorgesehenen Lehrlingskommission zu unterstützen;

10° die Auszahlung der Entschädigung für die Mitglieder der Lehrlingskommission zu gewährleisten;

11° aus eigener Initiative oder auf Anfrage der Exekutive Gutachten oder Studien bezüglich der Aufgaben, die ihm durch das Dekret übertragen werden, zu erstellen;

12° der Exekutive Gutachten zu allen Dekret- oder Erlaßentwürfen, die eine Veränderung der Aufgabenbereiche des Instituts beinhalten, zu erstellen;

13° der Exekutive Vorschläge zu den Dekreten und Erlassen, die es anwenden muß, zu unterbreiten;

14° insbesondere die Zusammenarbeit zu fördern mit :

— den auf nationaler Ebene im Bereich des Mittelstands und der kleinen und mittleren Unternehmen zuständigen Instanzen;

— den in der Französischen und Flämischen Gemeinschaft für die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen zuständigen Einrichtungen und Organisationen;

— den anderen Einrichtungen und Organisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die sich der beruflichen Aus- und Weiterbildung widmen;

— den ausländischen Einrichtungen und Organisationen, die sich der beruflichen Aus- und Weiterbildung widmen.

Unterabschnitt 1. — Der Verwaltungsrat

Art. 17. § 1. Das Institut wird durch einen Verwaltungsrat geleitet, der aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern besteht :

— 6 Mitglieder als Vertreter der nationalen beruflichen Vereinigungen, die die durch Artikel 6 der koordinierten Gesetze (Königlicher Erlaß vom 28. Mai 1979) über die Organisation des Mittelstandes festgelegten Bedingungen erfüllen;

— 3 Mitglieder als Vertreter der nationalen überberuflichen Vereinigungen, die die durch Artikel 7 der koordinierten Gesetze (Königlicher Erlaß vom 28. Mai 1979) über die Organisation des Mittelstandes festgelegten Bedingungen erfüllen;

— je ein Mitglied als Vertreter eines jeden Zentrums für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen.

Dem Verwaltungsrat gehören mit beratender Stimme an :

— der Direktor eines jeden anerkannten Zentrums für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

— ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

— der Direktor des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen.

§ 2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates mit effektivem Stimmrecht müssen ihren Wohnsitz im Gebiet deutscher Sprache haben und die deutsche Sprache beherrschen.

§ 3. Auf Einladung des Verwaltungsrates können Experten mit beratender Stimme zu Sitzungen des Verwaltungsrates hinzugezogen werden.

Art. 18. § 1. Die Exekutive ernennt :

— die Verwaltungsratsmitglieder aus doppelten Listen, in denen jede nationale berufliche und überberufliche Vereinigung sowie jedes Zentrum ihre beziehungsweise seine Kandidaten vorschlägt,

— unter den Verwaltungsratsmitgliedern den Präsidenten des Verwaltungsrates auf Vorschlag der Verwaltungsratsmitglieder.

§ 2. Der Verwaltungsrat wählt unter seinen Mitgliedern einen stellvertretenden Präsidenten.

§ 3. Der Präsident und die Mitglieder sind für eine Dauer von sechs Jahren ernannt. Ihr Mandat kann erneuert werden.

Das Mandat endet :

- 1° durch den freiwilligen Rücktritt des Verwaltungsratsmitgliedes;
- 2° bei Entzug der bürgerlichen oder politischen Rechte;
- 3° wenn die in Artikel 17, § 2, vorgesehenen Bedingungen nicht mehr erfüllt sind;
- 4° wenn eine der im nachfolgenden § 5 vorgesehenen Unvereinbarkeiten eintritt.

Im Falle des Freiwerdens eines Verwaltungsratsmandates schlägt die betroffene Vereinigung oder das betroffene Zentrum der Exekutive zwei neue Kandidaten zur Ernennung vor. Das neuernannte Verwaltungsratsmitglied führt das Mandat seines Vorgängers zu Ende.

§ 4. Der Verwaltungsrat ist nur beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Er faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Präsidenten oder, bei dessen Abwesenheit, die Stimme des stellvertretenden Präsidenten ausschlaggebend.

§ 5. Die Eigenschaft als stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrates ist nicht vereinbar mit der als :

- Mitglied der Abgeordnetenversammlung, des Senats, des Rates der Wallonischen Region oder des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- Mitglied der Nationalregierung, der Exekutive der Wallonischen Region oder der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- Personalmitglied des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen.

Art. 19. Die Exekutive legt den Betrag der Anwesenheitsgelder und der Entschädigungen fest, die dem Präsidenten und den übrigen Verwaltungsratsmitgliedern gewährt werden können.

Art. 20. Bei seiner Einsetzung bestimmt der Verwaltungsrat unter den Personalmitgliedern des Instituts die Person, die mit dem Sekretariat des Verwaltungsrates betraut wird. Er kann diese Person jederzeit ersetzen.

Unterabschnitt 2. — Aufgaben des Verwaltungsrates

Art. 21. Der Verwaltungsrat verfügt über alle zur Verwaltung des Instituts notwendigen Befugnisse.

Art. 22. Der Verwaltungsrat schlägt der Exekutive seine Geschäftsordnung zwecks Genehmigung vor.

Unterabschnitt 3. — Die tägliche Geschäftsführung

Art. 23. § 1. Die Exekutive ernennt den Direktor des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen auf Vorschlag des für die mittelständische Aus- und Weiterbildung zuständigen Gemeinschaftsministers und nach Befragung des Verwaltungsrates.

Die Exekutive legt das Statut des Direktors fest.

§ 2. Der Direktor führt die Beschlüsse des Verwaltungsrates aus. Er unterbreitet diesem die ihm vorliegenden Informationen und legt Vorschläge zur Förderung der Funktionsweise des Instituts vor.

Er leitet das Personal und gewährleistet unter Kontrolle des Verwaltungsrates die Arbeit des Instituts.

Er übt die tägliche Geschäftsführung aus, so wie sie in der Geschäftsordnung festgelegt ist.

Unterabschnitt 4. — Das Personal

Art. 24. § 1. Die Exekutive legt den Stellenplan und das Statut des Personals des Instituts fest. Solange die Exekutive noch kein Personalstatut festgelegt hat, bleibt der Königliche Erlaß vom 8. Januar 1973 zur Feststellung des Statuts des Personals gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses anwendbar auf das Personal des Instituts.

§ 2. Im Rahmen der Bestimmungen des § 1 ernennt der Verwaltungsrat das Personal des Instituts mit Ausnahme des Direktors.

§ 3. Bis zur Festlegung des Stellenplans werden die Personalmitglieder der Vereinigung ohne Erwerbszweck « Institut francophone de formation permanente des Classes moyennes », die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Dienst sind und deren Bezüge zu Lasten des Haushaltes 1991 der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehen, vom Institut übernommen unter Beibehaltung der erworbenen Rechte, wie sie aus den Arbeitsverträgen mit der oben angeführten Vereinigung ohne Erwerbszweck resultieren.

§ 4. Im Rahmen des unter § 1 angeführten Stellenplans können die in § 3 bezeichneten Personalmitglieder der Vereinigung ohne Erwerbszweck « Institut francophone de formation permanente des Classes moyennes », die zum 31. Dezember 1991 im Dienst dieser Vereinigung stehen, das Statut des definitiv ernannten Personals des Instituts erhalten, ohne daß den Bedingungen dieses Statuts entsprochen wird.

Die Exekutive legt die Modalitäten hierzu fest.

§ 5. Die Exekutive kann das Institut dazu ermächtigen, an dem durch das Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Mitglieder des Personals gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Rechtsnachfolger eingeführten Pensionssystem teilzunehmen.

Unterabschnitt 5. — Kontrolle

Art. 25. Das Institut unterliegt der Kontrollbefugnis der Exekutive.

Die Kontrolle wird durch einen Gemeinschaftskommissar ausgeübt, der von der Exekutive auf Vorschlag des für die mittelständische Aus- und Weiterbildung zuständigen Gemeinschaftsministers ernannt wird, um die im Gesetz vom 16. März 1954 festgelegten Befugnisse auszuüben.

Art. 26. Die Exekutive kann einen oder mehrere Revisoren beim Institut benennen, die die im Gesetz vom 16. März 1954 festgelegten Befugnisse ausüben; diese Revisoren werden unter den Mitgliedern des Instituts der Betriebsrevisoren ausgewählt.

Abschnitt 2. — Die Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Art. 27. Die Exekutive kann nach Gutachten des Instituts Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen anerkennen.

Sie legt die Bedingungen der Bezuschussung der anerkannten Zentren fest.

Diese Zentren müssen als Vereinigungen ohne Erwerbszweck gemäß dem Gesetz vom 27. Juni 1921 zur Gewährung der Rechtspersönlichkeit zugunsten der Vereinigungen ohne Erwerbszweck und der gemeinnützigen Einrichtungen gegründet sein.

Art. 28. Um anerkannt zu werden, müssen die Zentren insbesondere folgende Ziele verfolgen :

- 1° die in Artikel 5 bis 13 vorgesehenen Tätigkeiten im Rahmen der Grundausbildung, der Weiterbildung und der Umschulung zu organisieren;
- 2° die pädagogische Betreuung der Lehrlinge, Gesellen und Meister zu gewährleisten;
- 3° die Exekutive und das Institut bei der Förderung und Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen.

Art. 29. § 1. Um anerkannt zu werden, müssen die Zentren den nachstehenden Vereinigungen oder Organisationen als Mitglieder zugänglich sein :

- 1° den Berufsvereinigungen, die die Leiter von kleinen und mittleren Handwerks-, Handels-, Dienstleistungs- und Industriebetrieben vertreten und den Bedingungen des Artikels 2, § 1, der koordinierten Gesetze vom 28. Mai 1979 über die Organisation des Mittelstandes entsprechen beziehungsweise einer nationalen Berufsvereinigung angehören, die den Bedingungen des Artikels 6 der vorerwähnten koordinierten Gesetze entspricht;
- 2° den überberuflichen Vereinigungen, die Mitglied einer nationalen überberuflichen Vereinigung sind, die den Bedingungen des Artikels 7 der vorerwähnten koordinierten Gesetze entspricht.

§ 2. Die Zentren können den Berufsvereinigungen von Inhabern eines freien Berufes, eines reglementierten Berufes oder eines Berufes, der in Ausführung des Rahmengesetzes vom 1. März 1976 zur Regelung des Schutzes des beruflichen Titels und der intellektuellen Dienstleistungsberufe reglementiert wird, zugänglich sein.

Die Exekutive legt die Modalitäten hierzu fest.

Art. 30. Durch Vermittlung des Instituts teilen die anerkannten Zentren der Exekutive jährlich die Liste ihrer Mitglieder und einen Bericht über ihre Aktivitäten mit.

Art. 31. Die Exekutive legt die Anerkennungsbedingungen und -modalitäten für die Direktoren der anerkannten Zentren nach Gutachten des Instituts fest.

Die Exekutive entscheidet über die Anerkennung der Direktoren nach Gutachten des Instituts innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Tage der Abgabe dieses Gutachtens.

Abschnitt 3. — Die Lehrlingssekretäre

Art. 32. Die Exekutive legt das Statut, die Anerkennungsbedingungen und -modalitäten sowie das Entgelt der Lehrlingssekretäre nach Gutachten des Instituts fest.

Die Exekutive entscheidet über die Anerkennung der Lehrlingssekretäre nach Gutachten des Instituts.

Art. 33. Die Lehrlingssekretäre haben die Aufgabe :

- 1° beim Abschluß von Lehrverträgen als Vermittler zwischen dem Betriebsleiter und dem Lehrling oder seinem gesetzlichen Vertreter ohne Entgelt dieser Parteien aufzutreten;
- 2° beim Abschluß von kontrollierten Lehrabkommen als Vertragspartner des Betriebsleiters ohne Entgelt dieser Partei aufzutreten;
- 3° die verwaltungstechnische Aufsicht über die durch ihre Vermittlung abgeschlossenen Lehrverträge und die kontrollierten Lehrabkommen auszuüben;
- 4° die moralische und soziale Betreuung der Lehrlinge zu gewährleisten;
- 5° bei Streitfällen zwischen dem Lehrmeister und dem Lehrling oder seinem gesetzlichen Vertreter als Schlichter aufzutreten;
- 6° die Arbeiten der Lehrlingskommission zu unterstützen und ihren Sitzungen beizuwohnen.

Abschnitt 4. — Die Lehrlingskommission

Art. 34. § 1. Um die Lehrlingssekretäre in der Ausübung ihrer Aufgabe zu unterstützen, wird eine Lehrlingskommission eingerichtet.

Die Exekutive legt die Zusammensetzung, die Arbeitsweise sowie die Entschädigung für die Mitglieder der Lehrlingskommission fest.

Jede der am Abschluß eines Lehrvertrages oder eines kontrollierten Lehrabkommens beteiligten Parteien kann die Einberufung einer Sitzung der Lehrlingskommission beantragen.

§ 2. Die Lehrlingskommission hat die Aufgabe :

- 1° die Schwierigkeiten der Lehrlingssekretäre bei der Betreuung der Lehrlinge zu erörtern und Lösungsvorschläge zu unterbreiten;
- 2° Streitfälle zwischen den Vertragsparteien zu schlichten, die nicht durch die Lehrlingssekretäre beigelegt werden können;
- 3° dem Verwaltungsrat des Instituts Gutachten und Vorschläge zu unterbreiten bezüglich der Verbesserung der Lehrlingsausbildung, der Tätigkeit der Lehrlingssekretäre sowie des Entzugs der Anerkennung der Lehrverträge oder -abkommen.

KAPITEL V. — Finanzielle Bestimmungen

Art. 35. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben, einschließlich der Bezahlung der Gehälter beziehungsweise der Entschädigungen der Lehrlingssekretäre, der Entschädigungen der Mitglieder der Lehrlingskommission sowie der Deckung der mit der Einsetzung und der Arbeitsweise seiner Dienste verbundenen Ausgaben, verfügt das Institut über die zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragenen Mittel, die dem Institut übertragen werden.

Das Institut muß einen von der Exekutive festgelegten Buchhaltungsplan einhalten.

Das Institut darf Schenkungen und Legate annehmen und jede andere Einnahme erhalten.

Art. 36. Im Rahmen der zu diesem Zweck im Haushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Mittel gewährt die Exekutive durch Vermittlung des Instituts den anerkannten Zentren Subventionen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgaben zu verwirklichen sowie die mit der Einsetzung und Arbeitsweise ihrer Dienste verbundenen Ausgaben zu decken.

Diese Subventionen werden nur gewährt, insofern die Zentren einen von der Exekutive festgelegten Buchhaltungsplan benutzen.

Art. 37. Im Rahmen der zu diesem Zweck im Haushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Mittel bezuschußt die Exekutive durch Vermittlung des Instituts Kurse und Tätigkeiten der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, wenn diese von anderen Personen als dem Institut oder den Zentren gemäß Artikel 5 bis 14 organisiert werden.

Art. 38. Die Exekutive bestimmt den Betrag sowie die Bedingungen und die Modalitäten für die Gewährung der in Artikel 36 und 37 vorgesehenen Subventionen und Beihilfen.

KAPITEL VI. — Aufhebungs-, Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 39. Der Königliche Erlaß vom 4. Oktober 1976 über die Ständige Weiterbildung des Mittelstands, abgeändert durch die Erlasse der Exekutive vom 22. Januar 1988 und 7. Juni 1989, ist, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Art. 40. Die Erlasse zur Ausführung des Königlichen Erlasses vom 4. Oktober 1976 über die Ständige Weiterbildung des Mittelstands bleiben bis zu ihrer Aufhebung durch die Exekutive in Kraft, insofern sie den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes nicht widersprechen.

Art. 41. Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes im Gebiet deutscher Sprache anerkannten Lehrlingssekretäre und der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes anerkannte Direktor des « Zentrums für Ständige Weiterbildung des Mittelstandes V.o.E. » in Eupen werden unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 32 und 33 mit Beibehalt ihrer erworbenen Rechte übernommen.

Art. 42. Die Exekutive legt nach Gutachten des Instituts die Bedingungen zur Anerkennung der Kurse, die im Rahmen von Artikel 7 von der « Gewerblichen Fortbildungsschule » in St. Vith organisiert werden, fest.

Art. 43. Die Güter, Rechte und Verpflichtungen der Vereinigung ohne Erwerbszweck « Institut francophone de formation permanente des Classes moyennes » werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, dem Institut übertragen.

Art. 44. Zur Gewährleistung der notwendigen Kontinuität kann die Exekutive in Abweichung von Artikel 24 und 25 während 6 Monaten ab dem Datum des Inkrafttretens des Erlasses der Exekutive zur Festlegung des Stellenplans des Instituts den Direktor des Instituts ernennen. Dabei kann die Exekutive von den Bedingungen bezüglich der Anwerbung, des Dienstgradwechsels und der Beförderung wie im laut Artikel 24 festzulegenden Statut vorgesehen, abweichen. Der zu ernennende Bewerber muß folgende Bedingungen erfüllen :

- 1° belgischer Nationalität sein;
- 2° einen guten Leumund haben;
- 3° die bürgerlichen und politischen Rechte besitzen,
- 4° den Gesetzen über den Militärdienst genügen;
- 5° die notwendige körperliche Tauglichkeit haben;
- 6° entweder Inhaber eines Diploms sein, das für den Zugang zur Stufe I des Statuts der Staatsbeamten erforderlich ist oder seine Erfahrung und hohen administrativen oder technischen Wert belegen.

Die Ernennung erfolgt nach einem im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlichten Bewerberaufruf, in dem die zu besetzende Stelle sowie die zu erfüllenden Anwerbungsbedingungen angegeben werden.

Art. 45. In Artikel I, Buchstabe B, des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser gemeinnütziger Einrichtungen werden die Wörter « Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen » an der entsprechenden Stelle in die alphabetische Reihenfolge aufgenommen.

Art. 46. Das vorliegende Dekret tritt am 1. Januar 1992 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 16. Dezember 1991.

Der Vorsitzende der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Unterricht und Ausbildung,
Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

B. GENTGES

Der Gemeinschaftsminister für Medien, Erwachsenenbildung,
Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

K.-H. LAMBERTZ

—
TRADUCTION
—

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE
—

F. 92 — 636

[S-C — 33017]

16 DECEMBRE 1991. — Décret relatif à la formation
et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — Dispositions générales

Article Ier. Pour l'application du présent décret, on entend par :

- 1° Exécutif : l'Exécutif de la Communauté germanophone;
- 2° Institut : l'Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, (Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME);
- 3° Centres : les centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

Art. 2. La formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME s'appliquent aux professions indépendantes susceptibles d'être représentées au Conseil supérieur des Classes moyennes institué par les lois coordonnées relatives à l'organisation des Classes moyennes (arrêté royal du 28 mai 1979).

Art. 3. La formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME sont principalement constituées par :

- 1° la formation de base;
- 2° la formation continue;
- 3° la reconversion.

Ce décret est également applicable au perfectionnement pédagogique.

Art. 4. Les programmes des cours et activités de la formation et de la formation continue sont fixés par l'Exécutif sur proposition de l'Institut.

CHAPITRE II. — *Contenu de la formation et de la formation continue dans les Classes moyennes et les PME*

Section Ire. — La formation de base

Art. 5. La formation de base permet d'acquérir les compétences nécessaires à l'exercice d'une profession indépendante.

Elle comprend deux degrés :

1° l'apprentissage, qui tend à assurer une formation générale, technique et pratique de base, préparatoire à la formation de « chef d'entreprise »;

2° la formation de « chef d'entreprise », qui dispense une formation générale, technique, commerciale, financière et administrative en vue de la direction d'une petite ou moyenne entreprise, de l'exercice d'une fonction de cadre dans une telle entreprise ou de l'exercice d'une profession indépendante.

Art. 6. L'Exécutif détermine conformément à l'article 2 et sur avis de l'Institut les professions qui peuvent faire l'objet d'un apprentissage et/ou d'une formation de chef d'entreprise.

Sous-section 1. — L'apprentissage

Art. 7. § 1. L'apprentissage comporte une formation pratique dispensée dans une entreprise formatrice contrôlée par l'Institut, formation complétée par des cours généraux et professionnels, des tests et des examens.

§ 2. L'apprentissage implique la conclusion d'un contrat d'apprentissage par l'intermédiaire d'un secrétaire d'apprentissage agréé ou la conclusion, avec un secrétaire agréé, d'un accord contrôlé d'apprentissage.

§ 3. Par le contrat d'apprentissage :

— un chef d'entreprise s'engage à donner ou à faire donner à un apprenti une formation générale, technique et pratique de base, préparatoire à la formation de chef d'entreprise;

— un apprenti s'engage à apprendre la pratique de la profession sous la direction et la surveillance du chef d'entreprise et à suivre les cours nécessaires à sa formation, à participer aux tests et aux examens.

§ 4. Si le chef d'entreprise exerce sur l'apprenti l'autorité parentale ou la tutelle, il conclut un accord contrôlé d'apprentissage avec le secrétaire d'apprentissage agréé.

L'accord d'apprentissage implique les mêmes obligations que celles visées au § 3 pour le contrat d'apprentissage.

§ 5. La participation aux cours, tests et examens visés au § 1^{er} ainsi que l'intervention du secrétaire d'apprentissage agréé sont gratuites pour l'apprenti et/ou les parents ou le tuteur de l'apprenti.

§ 6. L'apprentissage fait l'objet d'une évaluation régulière et est clôturé par un examen de fin d'apprentissage.

Les apprentis qui réussissent l'examen reçoivent un certificat de fin d'apprentissage dont le modèle est fixé par l'Exécutif.

§ 7. L'Exécutif arrête sur avis de l'Institut :

- 1° les conditions d'accès à l'apprentissage;
- 2° les conditions que les entreprises doivent remplir pour dispenser une formation pratique dans le cadre du contrat d'apprentissage ou de l'accord contrôlé d'apprentissage;
- 3° la durée de l'apprentissage;
- 4° la période pour la conclusion des contrats d'apprentissage et des accords contrôlés d'apprentissage;
- 5° les dispositions relatives au contenu, à la forme, à l'approbation et au retrait du contrat d'apprentissage ou de l'accord contrôlé d'apprentissage;
- 6° les conditions d'organisation des cours, tests et examens;
- 7° les conditions dans lesquelles des attestations de fréquentation peuvent être délivrées lorsque la formation d'apprenti a été partiellement suivie;
- 8° les conditions dans lesquelles des stagiaires, dans le cadre de projets nationaux et internationaux de formation et de formation continue, peuvent suivre partiellement une formation d'apprenti.

Sous-section 2. — La formation de chef d'entreprise

Art. 8. § 1. La formation de chef d'entreprise comprend une formation théorique et une formation pratique.

La formation théorique comprend des cours de gestion et de connaissances professionnelles.

La formation pratique est axée principalement sur les problèmes qui se posent dans la gestion d'une petite ou moyenne entreprise sur les plans technique, commercial, financier et administratif.

§ 2. La formation de chef d'entreprise fait l'objet d'une évaluation régulière et est clôturée par un examen de fin de formation de futur chef d'entreprise.

Les candidats qui réussissent l'examen reçoivent un certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise dont le modèle est fixé par l'Exécutif.

§ 3. L'Exécutif arrête, après avis de l'Institut :

- 1° les conditions d'admission à la formation de chef d'entreprise;
- 2° les conditions que les entreprises doivent remplir pour dispenser une formation pratique;
- 3° la durée de la formation;

4° les conditions d'organisation des cours, tests et examens.

5° les conditions dans lesquelles des attestations de fréquentation peuvent être octroyées lorsque la formation de chef d'entreprise n'a pas été entièrement suivie;

6° les conditions dans lesquelles des stagiaires, dans le cadre de projets nationaux et internationaux de formation et de formation continue, peuvent suivre partiellement une formation de chef d'entreprise en Communauté germanophone;

7° les conditions dans lesquelles des cours accélérés de gestion peuvent être dispensés tout en respectant les dispositions exécutoires de la loi du 15 décembre 1970 sur l'exercice des activités professionnelles dans les petites et moyennes entreprises du commerce et de l'artisanat;

8° les conditions dans lesquelles des stagiaires, dans le cadre de projets nationaux et internationaux de formation et de formation continue, et les élèves des cours accélérés de gestion peuvent recevoir une attestation de fréquentation pour une formation de chef d'entreprise qui n'a pas été entièrement suivie.

Art. 9. Les cours, tests et examens de la formation de base sont organisés par les centres agréés.

Section 2. — La formation continue

Art. 10. § 1^{er}. La formation continue permet aux personnes qui ont achevé avec succès l'apprentissage ou la formation de chef d'entreprise ainsi qu'aux membres d'une entreprise exerçant l'une des professions visées à l'article 2 d'accroître leur capacité professionnelle, notamment en l'adaptant aux évolutions technologiques, économiques et sociales.

§ 2. La formation continue comprend :

1° le recyclage;

2° le perfectionnement.

Art. 11. Le recyclage assure une formation continue en ce qui concerne les problèmes qui se posent dans une entreprise sur les plans technique, économique, juridique, social et humain.

Il peut notamment se concrétiser sous forme de conférences, journées d'études, séminaires, colloques ou congrès.

Ces activités de recyclages peuvent être organisées non seulement par les centres, mais aussi par les associations professionnelles et interprofessionnelles.

Art. 12. Le perfectionnement assure la mise à jour approfondie des connaissances relatives aux problèmes qui se posent dans une entreprise sur les plans technique, économique, juridique, social et humain; il peut également avoir pour objet la formation approfondie à des techniques nouvelles.

Il se concrétise sous forme de cours qui totalisent plus de 30 heures en cycle complet et sont exclusivement organisés par les centres.

Section 3. — La reconversion

Art. 13. § 1^{er}. La reconversion permet aux personnes qui ont achevé avec succès l'apprentissage ou la formation de chef d'entreprise ou aux membres d'une entreprise exerçant l'une des professions visées à l'article 2 et devant changer d'activité professionnelle pour des motifs impérieux, d'obtenir une capacité professionnelle pour une autre des professions visées à l'article 2, et ce grâce à des cours théoriques et pratiques organisés par les centres.

§ 2. Sur avis de l'Institut, l'Exécutif fixe :

1° les conditions d'admission à la reconversion;

2° la durée de la reconversion;

3° les conditions d'organisation de la reconversion;

4° les conditions d'octroi d'un certificat.

CHAPITRE III. — Le perfectionnement pédagogique

Art. 14. Le perfectionnement pédagogique permet aux personnes qui, dans la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME sont chargées d'une mission de formation, d'améliorer leurs connaissances pédagogiques.

Il est organisé par l'Institut.

CHAPITRE IV. — Structure de la formation et de la formation continue dans les Classes moyennes et les PME

Section Ire. — L'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME

Art. 15. Il est créé, sous la dénomination « Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in den kleinen und mittleren Unternehmen », un organisme d'intérêt public jouissant de la personnalité juridique, appartenant aux organismes de la catégorie B, repris à l'article 1^{er} de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public.

L'institut détermine son siège.

Art. 16. L'Institut a les missions suivantes :

1° promouvoir les cours et activités de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME, de les coordonner et de garantir leur surveillance pédagogique, administrative et financière;

2° promouvoir la qualification pédagogique des formateurs;

3° élaborer les programmes de formation en vue de leur approbation par l'Exécutif;

4° coordonner l'organisation des tests et examens, élaborer les méthodes d'évaluation et assurer la surveillance pédagogique;

5° préparer l'approbation et/ou le retrait des contrats d'apprentissage et des accords contrôlés d'apprentissage et surveiller le déroulement de l'apprentissage, principalement dans l'entreprise formatrice;

6° préparer la remise des certificats de fin d'apprentissage, des certificats de fin de formation des futurs chefs d'entreprise et des attestations, et les soumettre pour homologation à l'Exécutif;

7° remettre à l'Exécutif des avis quant à la création et l'agrément de centres, promouvoir, coordonner et surveiller les activités des centres agréés;

8° assurer le contrôle des entreprises formatrices;

9° contrôler l'activité des secrétaires d'apprentissage agréés, liquider leur rémunération et soutenir dans son travail la Commission d'apprentissage prévue à l'article 34;

10° liquider l'indemnisation des membres de la Commission d'apprentissage;

11° émettre d'initiative ou sur demande de l'Exécutif un avis ou réaliser une étude sur les missions qui lui sont assignées par décret;

12° donner à l'Exécutif un avis à propos de tout projet de décret ou d'arrêté entraînant une modification des missions de l'Institut;

13° soumettre à l'Exécutif des propositions quant aux décrets et arrêtés qu'il doit appliquer;

14° promouvoir notamment la collaboration avec :

- les instances compétentes au niveau national pour les Classes moyennes et les PME;
- les établissements et organismes de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME situés en Communauté française et en Communauté flamande;
- les autres établissements et organismes se consacrant à la formation et la formation continue professionnelles en Communauté germanophone;
- les établissements et organismes étrangers se consacrant à la formation et de formation continue professionnelles.

Sous-section 1re. — Le conseil d'administration

Art. 17. § 1^{er}. L'Institut est dirigé par un conseil d'administration dont les membres suivants ont voix délibérative :

— six membres représentant les associations professionnelles nationales remplissant les conditions fixées à l'article 6 des lois coordonnées relatives à l'organisation des Classes moyennes (arrêté royal du 28 mai 1979);

— trois membres représentant les associations nationales interprofessionnelles remplissant les conditions fixées à l'article 7 des lois coordonnées relatives à l'organisation des Classes moyennes (arrêté royal du 28 mai 1979);

— un membre par centre de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

Ont voix consultative au conseil d'administration :

— le directeur de chacun des centres agréés de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME;

— un représentant du Ministère de la Communauté germanophone;

— le directeur de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

§ 2. Les membres du conseil d'administration ayant voix délibérative doivent être domiciliés en région de langue allemande et maîtriser la langue allemande.

§ 3. Sur invitation du conseil d'administration, des experts peuvent être appelés à participer avec voix consultative aux réunions du conseil d'administration.

Art. 18. § 1^{er}. L'Exécutif nomme :

— les membres du conseil d'administration à partir d'une liste double reprenant les candidats proposés par chaque association nationale professionnelle et interprofessionnelle et par chaque centre;

— parmi les membres du conseil d'administration et sur proposition de ceux-ci, le président du conseil d'administration.

§ 2. Le conseil d'administration choisit parmi ses membres un vice-président.

§ 3. Le président et les membres sont nommés pour une durée de six ans. Leur mandat peut être renouvelé.

Le mandat prend fin :

1° par la démission volontaire du membre du conseil d'administration;

2° en cas de perte des droits civils ou politiques;

3° lorsque les conditions prévues à l'article 17 § 2 ne sont plus remplies;

4° lorsqu'apparaît une des incompatibilités prévues au § 5 suivant.

Lorsqu'un mandat de membre du conseil d'administration se libère, l'association ou le centre concerné propose deux nouveaux candidats à l'Exécutif pour nomination. Le membre du conseil d'administration nouvellement nommé mène à son terme le mandat de son prédécesseur.

§ 4. Le conseil d'administration ne délibère valablement que lorsque la majorité de ses membres sont présents. Il prend ses décisions à la majorité absolue des voix. En cas de parité des voix, la voix du président ou, lorsqu'il est absent, celle du vice-président est prépondérante.

§ 5. La qualité de membre du conseil d'administration ayant voix délibérative est incompatible avec celle :

— de membre de la Chambre des Représentants, du Sénat, du Conseil Régional Wallon ou du Conseil de la Communauté germanophone;

— de membre du Gouvernement national, de l'Exécutif de la Région wallonne ou de l'Exécutif de la Communauté germanophone;

— de membre du personnel de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

Art. 19. L'Exécutif fixe le montant des jetons de présence et des indemnités qui peuvent être octroyés au président et autres membres du conseil d'administration.

Art. 20. Lors de son installation, le conseil d'administration désigne parmi les membres du personnel de l'Institut la personne chargée du secrétariat du conseil d'administration. Il peut remplacer cette personne à tout moment.

Sous-section 2. — Missions du conseil d'administration

Art. 21. Le conseil d'administration dispose de toutes les compétences nécessaires à la gestion de l'Institut.

Art. 22. Le conseil d'administration soumet son règlement d'ordre intérieur à l'Exécutif pour approbation.

Sous-section 3. — Gestion journalière

Art. 23. § 1. L'Exécutif nomme le directeur de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME sur proposition du Ministre communautaire compétent pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et après avoir consulté le conseil d'administration.

L'Exécutif fixe le statut du directeur.

§ 2. Le directeur exécute les décisions du conseil d'administration. Il transmet à celui-ci les informations en sa possession et lui soumet des propositions visant la promotion du fonctionnement de l'Institut.

Il dirige le personnel et assure le bon fonctionnement de l'Institut sous le contrôle du conseil d'administration. Il exerce la gestion journalière telle que définie dans le règlement d'ordre intérieur.

Sous-section 4. — Personnel

Art. 24. § 1^{er}. L'Exécutif fixe le cadre et le statut du personnel de l'Institut. Tant que l'Exécutif n'a pas fixé le statut du personnel, l'arrêté royal du 8 janvier 1973 fixant le statut du personnel de certains organismes d'intérêt public reste applicable au personnel de l'Institut.

§ 2. Dans le cadre des dispositions du § 1^{er}, le conseil d'administration nommé, à l'exception du directeur, le personnel de l'Institut.

§ 3. Jusqu'à ce que le cadre soit fixé, les membres du personnel de l'association sans but lucratif « Institut francophone de formation permanente des Classes moyennes » en service en Communauté germanophone et dont les traitements étaient à charge du budget 1991 de la Communauté germanophone sont repris au service de l'Institut en conservant les droits acquis tels qu'ils résultent des contrats de travail conclus avec l'association sans but lucratif susvisée.

§ 4. Dans les limites du cadre visé au § 1^{er}, les membres du personnel de l'association sans but lucratif « Institut francophone de formation permanente des Classes moyennes » visé au § 3, qui sont au service de cette association au 31 décembre 1991, peuvent obtenir le statut du personnel définitif de l'Institut, sans que soient rencontrées les conditions de ce statut.

L'Exécutif en fixe les modalités.

§ 5. L'Exécutif peut habilitier l'Institut à appliquer le régime de pensions fixé par la loi du 28 avril 1958 relative à la pension des membres du personnel de certains organismes d'intérêt public et de leurs ayants droit.

Sous-section 5. — Contrôle

Art. 25. L'Institut est soumis au pouvoir de contrôle de l'Exécutif.

Le contrôle est exercé par un commissaire communautaire nommé par l'Exécutif, sur proposition du Ministre communautaire compétent pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes, pour exercer les compétences fixées dans la loi du 16 mars 1954.

Art. 26. L'Exécutif peut nommer auprès de l'Institut un ou plusieurs réviseurs pour exercer les compétences fixées dans la loi du 16 mars 1954; ceux-ci sont choisis parmi les membres de l'Institut des Réviseurs d'Entreprises.

Section 2. — Les centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME

Art. 27. Sur avis de l'Institut, l'Exécutif peut agréer des centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

Il fixe les conditions de subsidiation des centres agréés.

Ces centres doivent être constitués sous la forme d'une association sans but lucratif conformément à la loi du 27 juin 1921 accordant la personnalité civile aux associations sans but lucratif et aux établissements d'utilité publique.

Art. 28. Pour être agréés, les centres doivent notamment poursuivre les buts suivants :

1^o organiser les activités prévues aux articles 5 à 13 dans le cadre de la formation de base, de la formation continue et de la reconversion;

2^o assurer la guidance pédagogique des apprentis, des personnes ayant réussi leur examen de fin d'apprentissage et des chefs d'entreprise;

3^o prêter leur concours à l'Exécutif et à l'Institut pour la promotion de la formation et de la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

Art. 29. § 1^{er}. Pour être agréés, les centres doivent être accessibles, en tant que membres, aux associations ou organisations suivantes :

1^o aux associations professionnelles représentant les chefs de petites et moyennes entreprises de l'artisanat, du commerce, des services et de l'industrie et répondant aux conditions fixées par l'article 2, § 1^{er}, des lois relatives à l'organisation des Classes moyennes, coordonnées le 29 mai 1979, ou relevant d'une association professionnelle nationale répondant aux conditions fixées par l'article 6 des lois coordonnées susvisées;

2^o aux groupements interprofessionnels membres d'une fédération interprofessionnelle nationale répondant aux conditions fixées par l'article 7 des lois coordonnées susvisées.

§ 2. Les centres peuvent être ouverts à des groupements professionnels de titulaires d'une profession libérale, d'une profession réglementée ou d'une profession réglementée en exécution de la loi-cadre du 1^{er} mars 1976 réglementant la protection du titre professionnel et l'exercice des professions intellectuelles prestataires de services.

L'Exécutif en fixe les modalités.

Art. 30. Les centres agréés communiquent chaque année à l'Exécutif, par l'intermédiaire de l'Institut, la liste de leurs membres ainsi qu'un rapport d'activités.

Art. 31. L'Exécutif arrête les conditions et les modalités d'agrément pour les directeurs des centres agréés sur avis de l'Institut.

L'Exécutif décide de l'agrément des directeurs sur avis de l'Institut dans un délai de six mois à partir du jour où cet avis est remis.

Section 3. — Les secrétaires d'apprentissage

Art. 32. L'Exécutif fixe le statut, les conditions et modalités d'agrément ainsi que la rémunération des secrétaires d'apprentissage sur avis de l'Institut.

L'Exécutif décide de l'agrément des secrétaires d'apprentissage sur avis de l'Institut.

Art. 33. Les secrétaires d'apprentissage ont pour missions :

1^o de servir, sans contrepartie, d'intermédiaire lors de la conclusion des contrats d'apprentissage entre le chef d'entreprise et l'apprenti ou son représentant légal;

- 2° d'être, sans contrepartie, partie au contrat lors de la conclusion avec un chef d'entreprise d'un accord contrôlé d'apprentissage;
- 3° d'assurer le contrôle administratif des contrats d'apprentissage conclus à leur intervention et des accords contrôlés d'apprentissage;
- 4° d'assurer la guidance morale et sociale des apprentis;
- 5° d'assurer le rôle de médiateur lors de litiges entre le maître de stage et l'apprenti ou son représentant legal;
- 6° de soutenir les travaux de la Commission d'apprentissage et d'assister à ses réunions.

Section 4. — La Commission d'apprentissage

Art. 34. § 1. En vue d'assister les secrétaires d'apprentissage dans l'exercice de leur mission, il est créé auprès de l'Institut une Commission d'apprentissage.

L'Exécutif arrête la composition et le mode de fonctionnement de la Commission d'apprentissage ainsi que l'indemnisation de ses membres.

Chacune des parties signataires d'un contrat d'apprentissage ou d'un accord contrôlé d'apprentissage peut demander la convocation d'une séance de la Commission d'apprentissage.

§ 2. La Commission d'apprentissage a pour mission :

- 1° de discuter des difficultés rencontrées par les secrétaires d'apprentissage dans la guidance des apprentis et de présenter des possibilités de solution;
- 2° d'intervenir dans les différends qui apparaissent entre les parties contractantes et que ne peuvent résoudre les secrétaires d'apprentissage;
- 3° de remettre des avis et des propositions au conseil d'administration de l'Institut quant à l'amélioration de la formation des apprentis, l'activité des secrétaires d'apprentissage et le retrait de l'agrégation des contrats ou accords d'apprentissage.

CHAPITRE V. — Disposition financières

Art. 35. Pour mener à bien ses missions, en ce compris le paiement des traitements et indemnités dus aux secrétaires d'apprentissage et le paiement des indemnités dues aux membres de la Commission d'apprentissage, et pour couvrir les dépenses inhérentes à l'installation et au fonctionnement de ses services, l'Institut dispose des crédits qui sont inscrits à cette fin au budget de la Communauté germanophone et qui lui sont transférés.

L'Institut doit utiliser un plan comptable arrêté par l'Exécutif.

L'Institut peut accepter des dons et legs et percevoir toute autre recette.

Art. 36. Dans les limites des crédits inscrits à cette fin au budget de la Communauté germanophone et par l'intermédiaire de l'Institut, l'Exécutif octroie aux centres agréés des subventions pour leur permettre de mener à bien leurs missions et de couvrir les dépenses inhérentes à l'installation et au fonctionnement de leurs services.

L'octroi de ces subventions est subordonné à l'utilisation, par les centres, d'un plan comptable arrêté par l'Exécutif.

Art. 37. Dans les limites des crédits inscrits à cette fin au budget de la Communauté germanophone, l'Exécutif subsidie, par l'intermédiaire de l'Institut, des cours et activités de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME lorsqu'ils sont organisés par d'autres personnes que l'Institut ou les centres conformément aux articles 5 à 14.

Art. 38. L'Exécutif détermine le montant, les conditions et les modalités d'octroi des subventions et interventions prévues aux articles 36 et 37.

CHAPITRE VI. — Dispositions abrogatoires, transitoires et finales

Art. 39. L'arrêté royal du 4 octobre 1976 relatif à la formation permanente dans les Classes moyennes, modifié par les arrêtés de l'Exécutif du 22 janvier 1988 et du 7 juin 1989, est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 40. Dans la mesure où ils ne sont pas contraires aux dispositions du présent décret, les arrêtés d'exécution de l'arrêté royal du 4 octobre 1976 relatif à la formation permanente dans les Classes moyennes restent en vigueur jusqu'à leur abrogation par l'Exécutif.

Art. 41. Les secrétaires d'apprentissage agréés en région de langue allemande au moment de l'entrée en vigueur du présent décret et le directeur du « Zentrum für Ständige Weiterbildung des Mittelstandes V.o.E. » d'Eupen agréé au moment de l'entrée en vigueur du présent décret sont, sans préjudice des dispositions des articles 32 et 33, repris en conservant leurs droits acquis.

Art. 42. L'Exécutif fixe, sur avis de l'Institut, les conditions d'agrégation des cours qui, dans le cadre de l'article 7, sont organisés par la « Gewerbliche Fortbildungsschule St.Vith ».

Art. 43. Les biens, droits et engagements de l'association sans but lucratif « Institut francophone de formation permanente des Classes moyennes » sont transférés à l'Institut en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 44. En vue d'assurer la continuité nécessaire, l'Exécutif peut, en dérogation aux articles 24 et 25, nommer le directeur de l'Institut pendant 6 mois à partir de la date d'entrée en vigueur de l'arrêté de l'Exécutif fixant le cadre du personnel de l'Institut. Il peut, pour ce faire, déroger, aux conditions de recrutement, de changement de grade et de promotion prévues au statut à fixer en vertu de l'article 24. Le candidat à nommer doit répondre aux conditions suivantes :

- 1° être Belge;
- 2° être de conduite irréprochable;
- 3° jouir des droits civils et politiques;
- 4° satisfaire aux lois sur la milice;
- 5° être physiquement apte;
- 6° être titulaire d'un diplôme donnant accès aux emplois de niveau I suivant le statut des agents de l'Etat, ou prouver son expérience ou sa haute valeur administrative ou technique.

La nomination a lieu après publication au *Moniteur belge* d'un appel aux candidats indiquant l'emploi à pourvoir ainsi que les conditions d'engagement à remplir.

Art. 45. A l'article 1, B, de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, les termes « Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in den kleinen und mittleren Unternehmen » seront repris à l'endroit qui leur revient d'après l'ordre alphabétique.

Art. 46. Le présent décret entre en vigueur le 1er janvier 1992.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 16 décembre 1991.

Le Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,
J. MARAITE

Le Ministre communautaire de l'Enseignement et de la Formation,
de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,
B. GENTGES

Le Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes,
de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,
K.-H. LAMBERTZ

—
VERTALING
—

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 92 — 636

[S-C — 33017]

16 DECEMBER 1991

—
Decreet betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's
—

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet dient te worden verstaan onder :

1. Executieve : de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap;
2. Instituut : het « Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen » (Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's).
3. Centra : de centra voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

Art. 2. De opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's zijn toepasselijk op de zelfstandige beroepen die kunnen worden vertegenwoordigd in de Hoge Raad voor de Middenstand, ingericht door de gecoördineerde wetten betreffende de organisatie van de Middenstand (koninklijk besluit van 28 mei 1979).

Art. 3. De opleiding en de voortgezette opleiding bestaan hoofdzakelijk uit :

- 1° de basisopleiding;
- 2° de voortgezette opleiding;
- 3° de omscholing.

Dit decreet is bovendien van toepassing op de pedagogische bijscholing.

Art. 4. De programma's van de cursussen en van de activiteiten van de opleiding en van de voortgezette opleiding worden bepaald door de Executieve op voorstel van het Instituut.

HOOFDSTUK II. — *Inhoud van de opleiding
en van de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's*

Eerste afdeling. — De basisopleiding

Art. 5. De basisopleiding maakt het mogelijk de nodige bekwaamheid te verwerven om een zelfstandig beroep uit te oefenen.

Zij bestaat uit twee stadia :

- 1° de leertijd die ertoe strekt in een algemene, technische en praktische basisopleiding te voorzien die voorbereidt op de opleiding tot ondernemingshoofd,
- 2° de opleiding tot ondernemingshoofd die een algemene, technische, commerciële, financiële en administratieve opleiding verstrekt met het oog op de leiding van een kleine of middelgrote onderneming, de uitoefening van een leidende functie in zo'n onderneming of de uitoefening van een zelfstandig beroep.

Art. 6. De Executieve bepaalt onder inachtneming van artikel 2 en na advies van het Instituut de beroepen waarvoor in een leertijd en of een opleiding tot ondernemingshoofd kan worden voorzien.

Onderafdeling 1. — *De leertijd*

Art. 7. § 1. De leertijd omvat een praktische opleiding in een opleidingsonderneming gecontroleerd door het Instituut, deze opleiding wordt aangevuld met algemene en beroeps cursussen, tests en examens.

§ 2. De leertijd houdt het sluiten van een leerovereenkomst door bemiddeling van een erkende leersecretaris of van een gecontroleerd leerakkoord met zo'n erkende leersecretaris in.

§ 3. Door de leerovereenkomst :

- verbindt het ondernemingshoofd er zich toe aan de leerling een algemene, technische en praktische basisopleiding te geven of te laten geven, die voorbereidt op de opleiding tot ondernemingshoofd;
- verbindt de leerling er zich toe de praktijk van het beroep aan te leren onder de leiding en het toezicht van het ondernemingshoofd en aan de voor zijn opleiding nodige leergangen, tests en examens deel te nemen.

§ 4. Indien het ondernemingshoofd het ouderlijk gezag of de voogdij op de leerling uitoefent, sluit het ondernemingshoofd een gecontroleerd leerakkoord met de erkende leersecretaris af.

Het leerakkoord impliceert dezelfde verplichtingen als die bedoeld in § 3 voor de leerovereenkomst.

§ 5. De deelneming aan de cursussen, tests en examens bedoeld in § 1 alsmede de in de §§ 2, 3 en 4 bedoelde bemiddeling van de erkende leerlingssecretaris zijn kosteloos voor de leerling en/of zijn ouders of zijn voogd.

§ 6. De leertijd wordt regelmatig geëvalueerd en met een eindeleertijdsexamen afgesloten.

De leerlingen die voor de examens slagen verkrijgen een eindeleertijdsgetuigschrift waarvan het model door de Executieve vastgelegd wordt.

§ 7. De Executieve bepaalt op advies van het Instituut :

- 1° de voorwaarden van toelating tot de leertijd;
- 2° de voorwaarden die de ondernemingen moeten vervullen om een praktische opleiding in het kader van een leerovereenkomst of van een gecontroleerd leerakkoord te verstrekken;
- 3° de duur van de leertijd;
- 4° de periode voor de afsluiting van de leerovereenkomsten of gecontroleerde leerakkoorden;
- 5° de bepalingen betreffende de inhoud, de vorm, de goedkeuring en de intrekking van de leerovereenkomst of van het gecontroleerd leerakkoord;
- 6° de voorwaarden van organisatie van de cursussen, tests en examens;
- 7° de omstandigheden waaronder attesten kunnen verstrekt worden wanneer één leer gedeeltelijk bezocht wordt;
- 8° de omstandigheden waaronder stagiairs, in het kader van nationale en internationale projecten van opleiding en voortgezette opleiding, gedeeltelijk aan een leer mogen deelnemen.

Onderafdeling 2. — De opleiding tot ondernemingshoofd

Art. 8. § 1. De opleiding tot ondernemingshoofd omvat een theoretische en een praktische opleiding.

De theoretische opleiding omvat cursussen bedrijfsbeheer en beroepskennis. De praktische opleiding is hoofdzakelijk gericht op de problemen die zich in het beheer van een kleine of middelgrote onderneming voordoen op technisch, commercieel, financieel en administratief-technisch gebied.

§ 2. De opleiding tot ondernemingshoofd wordt regelmatig geëvalueerd en met een eindopleidingsexamen afgesloten. De theoretische opleiding omvat cursussen bedrijfsbeheer en beroepskennis. De praktische opleiding is hoofdzakelijk gericht op de problemen die zich in het beheer van een kleine of middelgrote onderneming voordoen op technisch, commercieel, financieel en administratief-technisch gebied.

§ 3. De Executieve bepaalt op advies van het Instituut :

- 1° de voorwaarden van toelating tot de opleiding tot ondernemingshoofd;
- 2° de voorwaarden die de ondernemingen moeten vervullen om een praktische opleiding te verstrekken;
- 3° de duur van de opleiding;
- 4° de voorwaarden van de organisatie van de cursussen, tests en examens;
- 5° de omstandigheden waaronder attesten verstrekt worden wanneer een opleiding tot ondernemingshoofd gedeeltelijk gevolgd wordt;
- 6° de omstandigheden waaronder stagiairs, in het kader van nationale en internationale projecten van opleiding en voortgezette opleiding, een opleiding tot ondernemingshoofd in de Duitstalige Gemeenschap gedeeltelijk mogen volgen;
- 7° de omstandigheden waaronder versnelde cursussen over het bestuur van ondernemingen kunnen plaatsvinden onder inachtneming van de uitvoeringsbepalingen van de wet van 15 december 1970 op de uitoefening van beroepswerkzaamheden in de kleine en middelgrote handels- en ambachtsondernemingen;
- 8° de omstandigheden waaronder er aan de stagiairs, in het kader van nationale en internationale projecten van opleiding en voortgezette opleiding, en aan de deelnemers aan de versnelde cursussen over het bestuur van ondernemingen een attest verstrekt mag worden wanneer ze een opleiding tot ondernemingshoofd gedeeltelijk gevolgd hebben.

Art. 9. De cursussen, tests en examens die gericht zijn op de basisopleiding worden door de erkende centra georganiseerd.

Afdeling 2. — Voortgezette opleiding

Art. 10. § 1. De voortgezette opleiding biedt degenen, die de opleiding als leerling of de opleiding tot ondernemingshoofd met succes hebben beëindigd, alsook de leden van een onderneming die één van de in artikel 2 bedoelde beroepen uitoefenen de mogelijkheid om hun beroepsbekwaamheid te verhogen door ze aan de technologische, economische, sociale en juridische ontwikkeling aan te passen.

§ 2. De voortgezette opleiding bevat :

- 1° de vervolmaking;
- 2° de bijscholing.

Art. 11. De vervolmaking zorgt voor een voortgezette opleiding m.b.t. de problemen die zich in een onderneming voordoen op het technisch, economisch, sociaal, juridisch en menselijk vlak. Ze kan inzonderheid door conferenties, studiedagen, seminaria, symposia en congressen verwezenlijkt worden. Deze vervolmakingsactiviteiten kunnen zowel door de centra als ook door de beroeps- en interprofessionele verenigingen worden georganiseerd.

Art. 12. De bijscholing heeft tot doel de kennis van de problemen die zich in een onderneming voordoen op het technisch, economisch, juridisch, sociaal en menselijk vlak grondig bij te werken; ze kan ook tot doel hebben grondig op te leiden tot nieuwe technieken. Ze wordt in de vorm van cursussen verwezenlijkt die meer dan 30 uren in een volledige cyclus omvatten en slechts door de centra georganiseerd worden.

Afdeling 3. — Omscholing

Art. 13. § 1. De omscholing biedt de personen die de leertijd of de opleiding tot ondernemingshoofd met succes beëindigd hebben alsmede de leden van een onderneming die één van de beroepen bedoeld in artikel 2 uitoefenen en om dringende redenen van beroep moeten veranderen, een beroepsbekwaamheid m.b.t. een ander in artikel 2 bedoeld beroep te verwerven door middel van theoretische en praktische cursussen die door de erkende centra worden georganiseerd.

§ 2. De Executieve legt op advies van het Instituut vast :

- 1° de voorwaarden voor de toelating tot de omscholing;
- 2° de duur van de omscholing;
- 3° de voorwaarden voor de organisatie van de omscholing;
- 4° de voorwaarden voor het verstrekken van een getuigschrift.

HOOFDSTUK III. — *Pedagogische bijscholing*

Art. 14. De pedagogische bijscholing biedt de personen die in de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's met een opleidingsopdracht belast zijn de mogelijkheid hun pedagogische kennis te verbeteren. Ze wordt door het Instituut georganiseerd.

HOOFDSTUK IV. — *Structuur van de opleiding en van de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's**Afdeling 1. — Het Instituut voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's*

Art. 15. Onder de benaming « Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in den kleinen und mittleren Unternehmen » wordt een instelling van openbaar nut met eigen rechtspersoonlijkheid opgericht die tot de instellingen van categorie B behoort die vermeld zijn in artikel 1 van de wet van 16 maart 1954 over het toezicht op sommige instellingen van openbaar nut.

Het Instituut legt zijn zetel vast.

Art. 16. Het Instituut heeft de volgende opdrachten :

1° tot de ontwikkeling van de cursussen en activiteiten in het kader van de opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's bij te dragen, deze te coördineren, alsmede voor het pedagogisch, administratief en financieel toezicht erop te zorgen;

2° de pedagogische kwalificatie van de opleiders te bevorderen;

3° de opleidingsprogramma's uit te werken met het oog op hun goedkeuring door de Executieve;

4° de organisatie van de tests en examens te coördineren, de evaluatiemethodes uit te werken en voor het pedagogisch toezicht te zorgen;

5° de goedkeuring van de leerovereenkomsten en gecontroleerde leerakkoorden voor te bereiden en toezicht te houden op het verloop van de leertijd, inzonderheid in de opleidingsonderneming;

6° het verstrekken van de leereindegetuigschriften, van de opleidingseindegetuigschriften en van de attesten voor te bereiden en ze de Executieve tot homologatie voor te leggen;

7° adviezen uit te handigen aan de Executieve met het oog op de oprichting en de erkenning van de centra, de activiteiten van de erkende centra te bevorderen, te coördineren en er toezicht op te houden;

8° toezicht op de opleidingsondernemingen te houden;

9° toezicht te houden op de activiteit van de erkende leersecretarissen en hun loon uit te betalen alsmede de werking van de leercommissie bedoeld in artikel 34 te ondersteunen;

10° de vergoeding ten gunste van de leden van de leercommissie uit te betalen;

11° uit eigen initiatief of op aanvraag van de Executieve een advies verstrekken of een studie te realiseren over de opdrachten die het door decreet worden overgedragen;

12° de Executieve een advies te verstrekken over elk ontwerp van decreet of besluit leidend tot een verandering van de opdrachten van het Instituut;

13° de Executieve voorstellen voor te leggen m.b.t. de decreten en besluiten die het moet toepassen;

14° de samenwerking te bevorderen met o.a. de volgende instellingen :

— de instanties die op nationaal niveau bevoegd zijn inzake Middenstand en KMO's;

— de inrichtingen en organisaties die in de Franse en in de Vlaamse Gemeenschap bevoegd zijn voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en in de KMO's;

— de andere inrichtingen en organisaties die in de Duitstalige Gemeenschap inzake beroepsopleiding en voortgezette beroepsopleiding werkzaam zijn;

— de buitenlandse inrichtingen en organisaties die inzake beroepsopleiding en voortgezette opleiding werkzaam zijn.

Onderafdeling 1. — *De raad van bestuur*

Art. 17. § 1. Het Instituut staat onder de leiding van een raad van bestuur, die uit volgende stemgerechtigde leden bestaat :

— zes vertegenwoordigers van de nationale beroepsverenigingen die beantwoorden aan de voorwaarden bedoeld in artikel 6 van de gecoördineerde wetten op de organisatie van de Middenstand (koninklijk besluit van 28 mei 1979);

— drie vertegenwoordigers van de nationale interprofessionele verenigingen die beantwoorden aan de voorwaarden bedoeld in artikel 7 van de gecoördineerde wetten op de organisatie van de Middenstand (koninklijk besluit van 28 mei 1979);

— één vertegenwoordiger van elk centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

Hebben raadgevende stem in de raad van bestuur :

— de directeur van elk erkend centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;

— één vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

— de directeur van het Instituut voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

§ 2. De stemgerechtigde leden van de raad van bestuur moeten in het Duitse taalgebied woonachtig zijn en de Duitse taal beheersen.

§ 3. Op uitnodiging van de raad van bestuur kunnen deskundigen de zittingen van de raad van bestuur met raadgevende stem bijwonen.

Art. 18. § 1. De Executieve benoemt :

— de leden van de raad van bestuur uit lijsten waarop iedere nationale beroeps- en interprofessionele vereniging en ieder centrum 2 kandidaten voorstelt.

— onder de leden van de raad van bestuur de Voorzitter van de raad van bestuur op de voordracht van zijn leden.

§ 2. De raad van bestuur kiest onder zijn leden een vice-voorzitter.

§ 3. De voorzitter en de leden van de raad van bestuur worden voor 6 jaar benoemd. Hun mandaat is hernieuwbaar.

Het mandaat eindigt :

1° met de vrijwillige aftreding van het lid van de raad van bestuur;

2° bij verlies van de burgerlijke of politieke rechten;

3° wanneer er aan de voorwaarden bedoeld in artikel 17 § 2 niet meer voldaan is;

4° wanneer één van de onverenigbaarheden bedoeld in volgende § 5 zich voordoet.

Wanneer een mandaat als lid van de raad van bestuur vrij wordt, stelt de betrokken vereniging of het betrokken centrum aan de Executieve twee nieuwe kandidaten tot benoeming voor. Het nieuw lid beëindigt het mandaat van zijn voorganger.

§ 4. De raad van bestuur beraadslaagt en besluit slechts op geldige wijze indien de meerderheid van zijn leden aanwezig zijn. Hij neemt zijn beslissingen bij volstreekte meerderheid van stemmen. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter of, indien hij afwezig is, degene van de vice-voorzitter beslissend.

§ 5. De hoedanigheid van stemgerechtigd lid van de raad van bestuur is onverenigbaar met die :

— van lid van de Kamer van Volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van de Waalse Gewestraad of van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

— van lid van de nationale regering, van de Executieve van het Waalse Gewest of van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap;

— van personeelslid van het Instituut voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

Art. 19. De Executieve bepaalt het bedrag van het presentiegeld en van de vergoedingen die aan de voorzitter en de andere leden van de raad van bestuur mogen worden toegekend.

Art. 20. Met zijn installatie wijst de raad van bestuur onder de personeelsleden van het Instituut de persoon aan die met het secretariaat van de raad van bestuur belast is. Hij kan op elk ogenblik deze persoon vervangen.

Onderafdeling 2. — Odrachten van de raad van bestuur

Art. 21. De raad van bestuur beschikt over alle bevoegdheden die voor het bestuur van het Instituut noodzakelijk zijn.

Art. 22. De raad van bestuur legt de Executieve zijn huishoudelijk reglement ter goedkeuring voor.

Onderafdeling 3. — Het dagelijks bestuur

Art. 23. § 1. De Executieve benoemt de directeur van het Instituut voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's op voorstel van de Gemeenschapsminister bevoegd inzake opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en na de raad van bestuur te hebben geraadpleegd.

De Executieve legt het statuut van de directeur vast.

§ 2. De directeur voert de besluiten van de raad van bestuur uit. Hij geeft hem de inlichtingen door waarover hij beschikt en legt hem voorstellen tot bevordering van de werking van het Instituut voor.

Hij leidt het personeel en zorgt onder de controle van de raad van bestuur voor de goede werking van het Instituut.

Hij oefent het dagelijks bestuur uit zoals bedoeld in het huishoudelijk reglement.

Onderafdeling 4. — Het personeel

Art. 24. § 1. De Executieve legt de personeelsformatie en het statuut van het personeel van het Instituut vast. Zolang de Executieve het statuut van het personeel niet vastgelegd heeft blijft het koninklijk besluit van 8 januari 1973 van vaststelling van het statuut van het personeel van sommige instellingen van openbaar nut toepasselijk op het personeel van het Instituut.

§ 2. In het kader van de bepalingen van § 1 benoemt de raad van bestuur het personeel van het Instituut met uitzondering van de directeur.

§ 3. Totdat de personeelsformatie wordt vastgelegd, worden de personeelsleden van de vereniging zonder winstoogmerk « Institut francophone de formation permanente des Classes Moyennes », die in de Duitstalige Gemeenschap werkzaam zijn en wier wedden ten laste van de begroting 1991 van de Duitstalige Gemeenschap vielen, met behoud van de verkregen rechten voortvloeiend uit de arbeidsovereenkomsten afgesloten met bovengenoemde vereniging zonder winstoogmerk in het Instituut overgenomen.

§ 4. Binnen de perken van de in § 1 bedoelde personeelsformatie kunnen de in § 3 bedoelde personeelsleden van de vereniging zonder winstoogmerk « Institut francophone de formation permanente des Classes Moyennes » die bij deze vereniging werkzaam zijn op 31 december 1991 het statuut van het vastbenoemd personeel van het Instituut verkrijgen zonder dat er aan de voorwaarden van dit statuut voldaan wordt.

De Executieve legt er de modaliteiten voor vast.

§ 5. De Executieve kan ertoe het Instituut machtigen de pensioenregeling toe te passen die bepaald is in de wet van 28 april 1958 betreffende het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden.

Onderafdeling 5. — Controle

Art. 25. Het Instituut staat onder de controle van de Executieve. De controle wordt door een Gemeenschapscommissaris uitgeoefend, die op voorstel van de bevoegde Gemeenschapsminister bevoegd voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand door de Executieve wordt benoemd om de bevoegdheden bedoeld in de wet van 16 maart 1954 uit te oefenen.

Art. 26. De Executieve mag één of meerdere revisoren bij het Instituut aanwijzen die de bevoegdheden bedoeld in de wet van 16 maart 1954 uitoefenen; die revisoren worden onder de leden van het Instituut voor Bedrijfsrevisoren gekozen.

Afdeling 2. — De centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's

Art. 27. Op advies van het Instituut kan de Executieve centra voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's erkennen. Zij legt de voorwaarden voor de subsidiëring van de erkende centra vast. Deze centra moeten als verenigingen zonder winstoogmerk opgericht zijn overeenkomstig de wet van 27 juni 1921 waarbij aan de vereniging zonder winstgevend doel en aan de instellingen van openbaar nut rechtspersoonlijkheid wordt verleend.

Art. 28. Om erkend te worden moeten de centra hoofdzakelijk tot doel hebben :

- 1° de in de artikelen 5 tot 13 bedoelde activiteiten te organiseren in het kader van de basisopleiding, van de vervolmaking en van de omscholing;
- 2° de pedagogische begeleiding van de leerlingen, van de personen die voor de eindeleertijdsexamen zijn geslaagd en van de ondernemingshoofden op zich te nemen;
- 3° de Executieve en het Instituut in de bevordering van de opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's te steunen.

Art. 29. § 1. Om erkend te worden moeten de centra de volgende verenigingen of organisaties als leden kunnen opnemen :

1° de beroepsverenigingen die de hoofden van kleine en middelgrote ambachtshandels, tertiaire en nijverheidsondernemingen vertegenwoordigen en die beantwoorden aan de voorwaarden bepaald in artikel 2, § 1, van de wetten op de organisatie van de Middenstand, gecoördineerd op 28 mei 1979 of een nationale beroepsvereniging aangesloten zijn die beantwoordt aan de voorwaarden bepaald in artikel 6 van voorbenoemde gecoördineerde wetten;

2° de interprofessionele verenigingen die lid zijn van een nationale interprofessionele vereniging die beantwoordt aan de voorwaarden bepaald in artikel 7 van voorbenoemde gecoördineerde wetten.

§ 2. De centra kunnen inzonderheid toegankelijk zijn voor beroepsverenigingen van titularissen van vrije beroepen of van gereguleerde beroepen of van beroepen die in uitvoering van de kaderwet van 1 maart 1976 tot reglementering van de bescherming van de beroepstitel en van de uitoefening van dienstverlenende intellectuele beroepen gereguleerd worden.

De Executieve legt er de modaliteiten voor vast.

Art. 30. Jaarlijks delen de centra de Executieve, door bemiddeling van het Instituut de lijst van hun leden alsook een verslag over hun activiteiten mee.

Art. 31. De Executieve bepaalt de voorwaarden en de modaliteiten voor de erkenning van de directeurs van de erkende centra op advies van het Instituut.

De Executieve beslist over de erkenning van de directeurs op advies van het Instituut binnen een termijn van 6 maanden vanaf de dag waarop dit advies wordt uitgebracht.

Afdeling 3. — De leersecretarissen

Art. 32. De Executieve bepaalt het statuut van de leersecretarissen, de voorwaarden en modaliteiten voor hun erkenning alsmede hun bezoldiging op advies van het Instituut.

De Executieve beslist over de erkenning van de leersecretarissen op advies van het Instituut.

Art. 33. De leersecretarissen hebben tot opdracht :

1° bij het sluiten van leerovereenkomsten als tussenpersoon op te treden tussen het ondernemingshoofd en de leerling of zijn wettelijke vertegenwoordiger, zonder vergoeding door die partijen;

2° bij het sluiten van een leerakkoord met een ondernemingshoofd zonder vergoeding als verdragspartij op te treden;

3° administratief toezicht uit te oefenen op de door haar bemiddeling gesloten leerovereenkomsten en op de gecontroleerde leerakkoorden;

4° voor de morele en sociale begeleiding van de leerlingen te zorgen;

5° bemiddelend op te treden bij geschillen tussen het ondernemingshoofd en de leerling of zijn wettelijke vertegenwoordiger;

6° de werking van de leercommissie te ondersteunen en haar vergaderingen bij te wonen.

Afdeling 4. — De leercommissie

Art. 34. § 1. Ten einde de leersecretarissen bij te staan in de uitoefening van hun opdrachten wordt een leercommissie bij het Instituut opgericht.

De Executieve bepaalt de samenstelling en de werking van de leercommissie alsmede de vergoeding van haar leden.

Iedere partij bij een leerovereenkomst of een gecontroleerd leerakkoord kan de bijeenroeping van een zitting van de leercommissie aanvragen.

§ 2. De leercommissie heeft als opdracht :

1° de moeilijkheden van de leersecretarissen m.b.t. de begeleiding van de leerlingen uiteen te zetten en mogelijke oplossingen voor te stellen;

2° in geval van geschillen tussen de verdragsluitende partijen als tussenpersoon op te treden wanneer deze geschillen door de leersecretarissen niet kunnen worden bijgelegd;

3° de raad van bestuur van het Instituut adviezen en voorstellen voor te leggen m.b.t. de verbetering van de opleiding der leerlingen, de activiteit van de leersecretarissen alsmede de intrekking der erkenning van de leerovereenkomsten of -akkoorden.

HOOFDSTUK V. — Financiële bepalingen

Art. 35. Om zijn opdrachten te vervullen, met inbegrip van de uitbetaling der wedden en vergoedingen ten gunste van de leersecretarissen, van de vergoedingen ten gunste van de leden van de leercommissie, alsook de uitgaven verbonden aan de oprichting en de werking van zijn diensten te dekken, beschikt het Instituut over de kredieten die daarvoor in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap ter beschikking worden gesteld en hem worden overgedragen.

Het Instituut moet een boekhoudplan aanwenden dat door de Executieve is vastgesteld.

Het Instituut mag schenkingen en legaten alsmede iedere andere ontvangst aannemen.

Art. 36. Binnen de perken van de kredieten die daarvoor in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap ter beschikking worden gesteld kent de Executieve door bemiddeling van het Instituut toelagen toe aan de erkende centra om hun de mogelijkheid te bieden hun opdrachten te vervullen alsook de uitgaven verbonden aan de oprichting en de werking van hun diensten te dekken.

Aan de centra mogen slechts toelagen worden toegekend indien zij een boekhoudplan aanwenden dat door de Executieve is vastgesteld.

Art. 37. Binnen de perken van de kredieten die daarvoor in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap ter beschikking worden gesteld kent de Executieve door bemiddeling van het Instituut toelagen toe voor cursussen en activiteiten inzake opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's wanneer deze overeenkomstig de artikelen 5 tot 14 door andere personen dan het Instituut worden georganiseerd.

Art. 38. De Executieve bepaalt het bedrag, de voorwaarden en de modaliteiten voor het toekennen van de toelagen en uitkeringen bedoeld in de artikelen 36 en 37.

HOOFDSTUK VI. — *Opheffings-, overgangs- en slotbepalingen*

Art. 39. Het koninklijk besluit van 4 oktober 1976 betreffende de voortdurende vorming in de Middenstand, gewijzigd bij de besluiten van de Executieve van 22 januari 1988 en 7 juni 1989, is opgeheven wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 40. Voor zover ze niet in strijd zijn met de bepalingen van dit decreet blijven de besluiten tot uitvoering van het koninklijk besluit van 4 oktober 1976 betreffende de voortdurende vorming in de Middenstand van kracht totdat ze door de Executieve worden opgeheven.

Art. 41. De leersecretarissen, die erkend zijn in het Duitse taalgebied wanneer dit decreet in werking treedt en de directeur van het « Zentrum für Ständige Weiterbildung des Mittelstandes » in Eupen, die erkend is wanneer dit decreet in werking treedt, worden onverminderd de bepalingen van de artikelen 32 en 33 overgenomen en behouden hun verworven rechten.

Art. 42. Op advies van het Instituut bepaalt de Executieve de voorwaarden waaronder de cursussen die door de « Gewerbliche Fortbildungsschule St. Vith » in het kader van artikel 7 worden georganiseerd, door de Executieve mogen worden erkend.

Art. 43. De goederen, rechten en verbintenissen van de v.z.w. « Institut francophone de formation permanente des Classes Moyennes » worden het Instituut overgedragen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 44. Om voor de noodzakelijke continuïteit te zorgen, kan de Executieve, in afwijking van de artikelen 24 en 25, tijdens 6 maanden vanaf de dag waarop het besluit van de Executieve tot vastlegging van de personeelsformatie van het Instituut in werking treedt, de directeur van het Instituut benoemen. De Executieve mag van de voorwaarden betreffende de aanwerving, de verandering van dienstgraad en de bevordering afwijken, die vastgelegd zijn in het krachtens artikel 24 te bepalen statuut.

De te benoemen sollicitant moet aan volgende voorwaarden voldoen :

- 1° Belg zijn,
- 2° een onberispelijk gedrag hebben;
- 3° de burgerlijke en politieke rechten genieten;
- 4° aan de dienstplichtwetten voldoen;
- 5° lichamelijk geschikt zijn;
- 6° ofwel een diploma hebben dat volgens het statuut van de Rijksambtenaren noodzakelijk is om toegang te hebben tot het niveau I, ofwel zijn hoge administratieve of technische waarde bewijzen.

De benoeming gebeurt na een oproep dat in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt en de betrekking waarin te voorzien is alsmede de aanwervingsvoorwaarden waaraan te voldoen is vermeldt.

Art. 45. In artikel 1 B van de wet van 16 maart 1954 over het toezicht op sommige instellingen van openbaar nut worden de woorden « Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in den kleinen und mittleren Unternehmen » op de plaats opgenomen die hen in de alfabetische volgorde toekomt.

Art. 46. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 1992.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 18 december 1991.

De Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,
J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd
en Wetenschappelijk Onderzoek,
B. GENTGES

De Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp
en Beroepsomscholing,
K.-H. LAMBERTZ

BRUSSELSE HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

BRUSSELSE HOOFDSTEDELIJKE EXECUTIEVE

N. 92 — 637

5 SEPTEMBER 1991. — Ordonnantie houdende omzetting en uitvoering in het Brusselse Hoofdstedelijk Gewest van het recht van de Europese Gemeenschappen (1)

De Brusselse Hoofdstedelijke Raad heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Deze ordonnantie regelt aangelegenheden bedoeld in artikel 107^{quater} van de Grondwet.

EXECUTIE DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 92 — 637

5 SEPTEMBRE 1991. — Ordonnance portant transposition et mise en œuvre dans la Région de Bruxelles-Capitale du droit des Communautés européennes (1)

Le Conseil de la Région de Bruxelles-Capitale a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

Article 1er. La présente ordonnance règle des matières visées à l'article 107^{quater} de la Constitution.